



Liebe Leserinnen und Leser,

die erfolgreiche Politik der Großen Koalition hat eine wichtige neue Kennziffer: Die **Zahl der Arbeitslosen ist unter die 4-Millionen-Schwelle gesunken**, die Quote liegt mit 9,6 Prozent deutlich unter der 10-Prozent-Marke. Damit ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt zum Jahresende so gut wie seit 2002 nicht mehr. Im Vergleich zum Vorjahr gab es 536.000 Arbeitslose weniger. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist insgesamt um 317.000 gestiegen. Hinzu kommen rund 800.000 offene Stellen.

Der Arbeitsmarkt boomt also. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren ist der Aufschwung, der den Arbeitsmarkt erfasst hat, erstaunlich. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Zahl der Arbeitslosen in allen Bereichen zurückgegangen ist, sowohl im Westen wie im Osten und nicht nur im Bereich des SGB III, sondern auch im SGB II, bei den Arbeitslosengeld-II-Beziehern. Der Beschäftigungsaufbau durch die gute Konjunktur sowie die bessere Betreuung der Jobsuchenden gelten als ausschlaggebende Faktoren. Sie machen deutlich, wie wichtig die politischen Weichenstellungen der letzten Monate gewesen sind. Es gibt wieder mehr Arbeit und die CDU-geführte Bundesregierung hat erreicht, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht auf statistischen Tricks, Frühverrentung oder ähnlichem basiert, sondern endlich wieder zunehmende Beschäftigung die Arbeitslosigkeit verringert.

Alle Indikatoren entwickeln sich durchweg positiv: Die Zahl der schwer vermittelbaren jungen Jobsuchenden ist binnen zwölf Monaten um 100.000 zurückgegangen. Mittlerweile schaffen es die Arbeitsagenturen auch, Arbeitslosengeld-II-Beziehern wieder eine Stelle zu verschaffen. Im November waren es knapp 60.000.

Die erfreulichen Nachrichten vom Arbeitsmarkt bestätigen, dass der **Kurs der unionsgeführten Koalition richtig ist**. Auch wegen des eingeschlagenen Konsolidierungskurses, auf den die Union

gedrängt hat, „brummt“ die Wirtschaft und hinterlässt deutlich positive Spuren. Für 2007 können wir mit gutem Grund davon ausgehen, dass sich die positive Entwicklung fortsetzt. Die Bundesagentur für Arbeit erwartet zum Beispiel, dass die Arbeitslosenzahl im Schnitt im kommenden Jahr um 200.000 sinken wird. Das bestätigt auch die Umfrage des Ifo-Geschäftsklimaindexes, nach der viele Firmen am Rand ihrer Kapazitätsgrenzen arbeiten und Personal aufstocken müssen.

Klar ist aber auch, dass unsere Reformen für den Arbeitsmarkt noch fortgesetzt werden müssen.

Wir müssen vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit entschlossener bekämpfen. Die Bundesausgaben sind hier mit etwa 40 Milliarden Euro jährlich deutlich zu hoch. Trotz der geschilderten derzeit positiven Entwicklung in diesem Bereich verläuft der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit leider insgesamt noch zu langsam. Ein Grund dafür ist, dass der Anteil der Geringqualifizierten unter den Langzeitarbeitslosen relativ hoch ist. Hier gibt es realistische Beschäftigungsmöglichkeiten nur im Niedriglohnssektor. Die Reformen sind folglich noch nicht beendet.

Wir müssen deshalb nach wie vor Anreize zur Aufnahme im Niedriglohnbereich erhöhen und mehr Druck machen, dass angebotene Niedriglohnstellen auch angenommen werden. Leider ist mit der SPD eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes schwer umzusetzen. Damit könnten wir gerade in der derzeit wirtschaftlich guten Lage sicherlich am Meisten erreichen. Deshalb müssen wir als Union an dem Thema weiter dranbleiben. Der von den Gewerkschaften und der SPD geforderte Mindestlohn wäre dagegen fatal.

Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen

Um die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer weiter zu erhöhen, eine bessere Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und eine deutliche Erhöhung der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung zu erreichen, ist ein Bündel von Maßnahmen notwendig. In einem Gesetzentwurf haben die Koalitionsfraktionen nun entsprechende Vorschläge unterbreitet. Zur



besseren Wiedereingliederung von älteren Arbeitslosen sollen insbesondere ein Kombilohn für Ältere und neu gestaltete Eingliederungszuschüsse beitragen. Im Rahmen der Eingliederungszuschüsse wird Arbeitgebern ein neues Angebot für die Einstellung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gemacht. Die bestehende Regelung zur Weiterbildungsförderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben wird erweitert und attraktiver gestaltet. Um die Unternehmen zu ermutigen, mehr Ältere einzustellen, wird die erleichterte Befristung von Arbeitsverträgen als Dauerregelung gestaltet. Die Altersgrenze für den Abschluss befristeter Arbeitsverträge ohne sachlichen Befristungsgrund wird auf das 52. Lebensjahr festgelegt.

Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei werden teilweise ausgesetzt

Die bislang fehlende Ratifikation des Ankara-Protokolls bleibt für die Türkei nicht folgenlos. Die EU wird der Verweigerungshaltung und Verzögerungstaktik der Türkei deshalb ein entschiedenes und gemeinsames Signal entgegensetzen. Acht der insgesamt 35 Kapitel der Beitrittsverhandlungen werden eingefroren. Im Rahmen von drei Fortschrittsberichten sollen bis 2009 die notwendigen Schritte der türkischen Regierung bei der vollständigen Öffnung der Häfen und Flughäfen für Schiffe und Flugzeuge aus Zypern überprüft werden. **Der Türkei wird damit eindeutig klar gemacht, dass die faktische Nichtanerkennung eines Mitgliedsstaats der EU nicht hinnehmbar ist.** Die EU folgt damit im Wesentlichen der deutlichen Forderung der Kanzlerin. Ich persönlich hätte mir durchaus auch ein deutlicheres Signal und ein Aussetzen aller 35 Verhandlungskapitel vorstellen können.

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft unter dem Motto „Europa gelingt gemeinsam“

Im Rahmen einer Regierungserklärung hat die Kanzlerin den Bundestag über die bevorstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft unterrichtet. Das Programm der Bundesregierung dokumentiert die wesentlichen Ziele der deutschen Präsidentschaft zur Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunft Europas, der Stärkung des

Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, sowie der Gestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik. Die Bundesregierung wird darüber hinaus in der ersten Jahreshälfte 2007 mit den EU-Mitgliedstaaten ausführliche Konsultationen zum Fortgang des Verfassungsprozesses führen und in einem Bericht an den Europäischen Rat mögliche künftige Entwicklungen aufzeigen.

Kongo-Einsatz erfolgreich absolviert – Anerkennung für unsere Soldaten

Ende November endete planmäßig der Kongoeinsatz der Bundeswehr. Seit Juli hatte sich ein Kontingent an der EU-Mission in Afrika beteiligt. Unsere Soldaten haben erfolgreich dazu beitragen können, dass die ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Kongo seit mehr als 40 Jahren sicher und friedlich stattfinden konnten. Nach viermonatigem Einsatz sind die ersten Bundeswehrsoldaten nun wieder zu Hause. Bis kurz vor Weihnachten sollen alle 780 Soldaten wieder bei ihren Familien sein.



Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein fröhliches und gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2007.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr



Kurznotiert ? kurznotiert ? kurznotiert

JU-Landesvorstand zu Besuch in Berlin

Auf Einladung von Thomas Bareiß und dem Landesgruppensprecher Georg Brunnhuber MdB, reiste der Landesvorstand der JU Baden-Württemberg vom 12. bis 15. Dezember 2006 nach Berlin. Den JU-Landesvorstand erwartete ein interessantes und hochkarätiges Programm: Neben einer Führung im Bundeskanzleramt traf die Gruppe zu Gesprächen mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Volker Kauder MdB, dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla MdB, sowie dem Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB zusammen. Darüber hinaus stand auch Ministerpräsident Günther H. Oettinger MdL im Rahmen eines Arbeitsfrühstücks zu einem intensiven Meinungsaustausch zur Verfügung.



Schwab und Bareiß begrüßen Entscheidung der Kommission im Sparkassenstreit § 40 KWG darf nicht ausgehöhlt werden!

Begrüßt haben der südbadische Europaabgeordnete Andreas Schwab und der Abgeordnete des Deutschen Bundestages Thomas Bareiß die Entscheidung der Europäischen Kommission im Sparkassenstreit. Die Kommission hat die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Eigentumsordnung (nach Art. 295 EGV) bestätigt. Die deutsche Gesetzgebungshoheit wird damit gewahrt.

„Das Sparkassenrecht ist Ländersache und kann aufgrund von Art. 295 EGV nicht in Frage gestellt werden“, so die beiden Abgeordneten. „Es liegt nun in der Verantwortung der Länder, dafür Sorge zu tragen, dass die öffentlich-rechtlichen Aufgaben der Sparkassen auch in Zukunft gesichert werden und die Sparkassen ihren öffentlichen Auftrag erfüllen.“

„Wir sollten jedoch die weiteren Entwicklungen aufmerksam verfolgen“, warnte Thomas Bareiß. Der Bundestagsabgeordnete fordert daher die Bundesregierung auf, dass der § 40 KWG nicht ausgehöhlt wird. „Alles andere wäre eine Umgehung des deutschen Bundestages.“

Termine (Auswahl):

Samstag, 16. Dezember

19:30 Uhr: Weihnachtsfeier JU-Kreisverband
Zollernalbkreis, Albstadt Burgfelden

Sonntag, 17. Dezember

10:00 Uhr: Weihnachtsmarktstand der JU-
Albstadt

Montag, 18. Dezember

17:00 Uhr: Kreistag, Landratsamt Balingen

Dienstag, 19. Dezember

19:30 Uhr: CDU-Bezirksvorstandssitzung, Biberach

In der nächsten Sitzungswoche im neuen Jahr vom 15. bis 19. Januar erhalten Sie eine neue Ausgabe von Berlin Aktuell!